

Ausgabe vom Juni 2000. Die Berechnungen hier und im folgenden finden sich detailliert bei: Winfried Wolf, Fusionsfieber - Das große Fressen, Köln 2000, dort vor allem S.49ff.

⁶ Ausführlich dazu: Winfried Wolf, Sturzflug in die Krise. Die Weltwirtschaft. Das Öl. Der Krieg, Hamburg 2003. Zu den Weltmarktanteilen vgl. dort S. 57. Seit 2001 erleben wir erneut einen umgekehrten Prozess; 2003 wurde die BRD erneut Export-Weltmeister – vor den USA und Japan.

⁷ R. Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals, Berlin 1913, S.442.

⁸ Zu den US-amerikanischen Rüstungsausgaben vgl. Winfried Wolf, Afghanistan, der Krieg und die neue Weltordnung, Hamburg 2002, S.79ff, und Winfried Wolf, Sturzflug..., a.a.O., S.66ff.

⁹ Vgl. dazu meine aktuelle Analyse im LabourNet zur internationalen Konjunktur, November 2003

¹⁰ FAZ vom 14.11.2003.

¹¹ OMGUS-Report – Ermittlungen gegen die Deutsche Bank 1946/47, neu herausgegeben Nördlingen 1985.

¹² In: Wolf, Fusionsfieber, a.a.O., S.181.

¹³ In: Wolf, Fusionsfieber, a.a.O., S.173.

¹⁴ In einer Denkschrift des Auswärtigen Amtes vom 9.9.1943 wurde für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg das „Ziel einer europäischen Zollunion und eines freien europäischen Marktes, fester europäischer Währungsverhältnisse mit dem späteren Ziel einer europäischen Währungsunion“ ausgegeben. Wiedergegeben in: R. Opitz, Europastrategien des deutschen Kapitals, Bonn 1994, S.965.

¹⁵ Bae erwarb 1999 das Rüstungsunternehmen Marconi und erzielt seither den größten Teil seines Umsatzes mit Rüstungsaufträgen aus dem Pentagon. Die britisch-US-amerikanische Waffenbruderschaft z.B. im Irak-Krieg 2003 hat diesen materiellen Hintergrund.

¹⁶ Dass dabei HDW und MTU bei einem US-amerikanischen Investmenthaus „zwischengeparkt“ werden, wird sich als Manöver zur Irreführung der Öffentlichkeit erweisen. Letzten Endes kommt zu „europäischen Lösungen“. Beispielsweise erklärte der MTU-Chef Klaus Steffens nach dem Verkauf von MTU an Kravis, Roberts & Co (KKR): „Damit befindet sich MTU in einer sehr guten Ausgangsposition für eine europäische Konsolidierung“.

¹⁷ In: Financial Times Deutschland vom 13.2.2004.

Dr. Winfried Wolf ist Ex-MdB und Mitherausgeber der Zeitung gegen den Krieg

Kongo: Die unendliche Geschichte westlicher Ausbeutung

von *Christoph Marischka*

Der Anfang vom Ende.

Die ersten Europäer, die den Fluss Congo „entdeckten“ waren 1483 Portugiesen. Sie trafen auf ein großes, lose organisiertes Königreich, dessen König sich bald taufen ließ. Wenig später begann der Sklavenhandel. Da es für die Europäer selbst zu aufwendig und gefährlich war, im Landesinneren auf Menschenjagd zu gehen, bezahlten sie afrikanische „Mittelsmänner“ vor allem mit Waffen und Alkohol für Gefangene, die als Sklaven hauptsächlich auf den amerikanischen Kontinent verschifft wurden. Die selben Schiffe brachten dann amerikanische Kolonialwaren nach Europa und luden dort wieder Alkohol und Waffen, um damit die für die Sklaven in Afrika zu bezahlen. Ein einträgliches Geschäft für die Pioniere des Welthandels, eine Katastrophe für Afrika: Nach wenigen Jahren haben die „modern“ bewaffneten Menschenhändler und der große Verlust von arbeitsfähigen jungen Männern das Königreich Bakongo wie viele andere Gesellschaftsformationen in Afrika zerstört. Dafür war aus den Mittelsmännern der europäischen Händler eine wahrlich abscheuliche Elite entstanden. Im Laufe des 19. Jhds. hatten sich die europäischen Systeme von Monarchien zu sog. Demokratien transformiert, der Kapitalismus löste den Merkantilismus ab und der interkontinentale Sklavenhandel wurde abgeschafft. Stattdessen war ja nun auch die Lohnarbeit erfunden worden. Am Congo änderte sich für die Menschen dadurch aber wenig zum Guten. Die Mittelsmänner ließen sich statt Sklaven Kautschuk liefern und verkauften es an die Europäer. 1885 wurde das Gebiet der heutigen Demokratischen Republik Kongo (DRC) auf der Berliner Kongo-Konferenz durch geschicktes Taktieren des belgischen Königs Leopold II zu seinem Privatbesitz, den er ab 1908 auf internationalen Druck – seine rücksichtslose Ausbeutung ging selbst einigen anderen Kolonialmächten zu weit – dem belgischen Parlament vermachte.

So wurde das Gebiet zur einzigen Kolonie Belgiens und fortan etwas weniger brutal ausgebeutet, statt der Zwangsarbeit wurde ein Steuersystem eingeführt - welches die Menschen zur Arbeit zwang. Zwar versuchte Belgien relativ flächendeckend Grundschulbildung zu gewährleisten, verhinderte aber konsequent eine Elitenbildung und verwehrte den Kongolese jeglichen Zugang

zu administrativen Posten. Während andere Kolonialmächte immerhin gewisse Konzepte und Vorbereitungen zur angesichts des wachsenden Widerstandes notwendigen Dekolonialisierung (oder besser: anderen Kolonialisierung) getroffen haben, handelte Belgien völlig überstürzt.

Staatsbildung

Das Gebiet, welches sich Leopold II als Freistaat Kongo angeeignet hatte war riesig. Es umfasst die sechsfache Fläche der BRD und ist etwa zur Hälfte mit Regenwald bewachsen, die übrige Fläche ist gut zur Landwirtschaft geeignet. Dürre betrifft nur in extremen Jahren kleinere Landstriche. Der Fluss Congo durchzieht mit seinen Nebenflüssen fast das ganze Land und bietet damit nicht nur gute Transportwege sondern könnte mit seiner Wasserkraft die gesamte Region mit Energie versorgen. Zusätzlich wurden auf diesem Gebiet zahlreiche Rohstoffe gefunden, Kupfer und Zinn, Diamanten, Gold und Silber, Uran, Coltan und neuerdings auch noch Öl. Dieser potentielle Reichtum und verschiedene Zufälligkeiten während Stanleys Expeditionen sind allerdings die einzige Grundlage für die Grenzziehung auf der Kongo-Konferenz. Die Bevölkerung ist sehr ungleichmäßig verteilt, spricht 250 verschiedene Dialekte und setzt sich aus eben so vielen Ethnien zusammen. Die Probleme, welche eine bloße Kopie des europäischen, nationalstaatlichen Herrschaftssystems als Ordnungsprinzip für die zukünftige „Demokratische Republik Kongo“ (DRC) mit sich brachten waren absehbar: Der paternalistische Kolonialismus führte zur „Lähmung und Verkrümmung politischer Eigendynamik und die Zerstörung der althergebrachten sozialen Netze selbstgenügsamer bäuerlicher Gesellschaften.“¹ Die Amtssprache Französisch verstand nur eine kleine Minderheit, die faktische Völkerwanderung war unvereinbar mit Staatsgrenzen und Staatsbürgerschaft, es existierte keine wirtschaftlich privilegierte „Mehrheitsgesellschaft“, die sich in einem Schaukampf zwischen zwei oder mehr „Volksparteien“ entscheiden könnte. Die Staatenbildung, die in Europa über Jahrhunderte durchgesetzt wurde, verlief in der DCR innerhalb weniger Monate. Im Januar 1960 wurde von Belgien die „Unabhängigkeit“ der DCR bis Mitte des Jahres beschlossen. Erst wenige

Monate zuvor hatten sich viele regionale Parteien gebildet, aber bis zu den Wahlen am 25.5.1960 gab es nur eine Partei, die beanspruchte, die gesamte DRC zu vertreten: Die MNC des Patrice E. Lumumba, der dementsprechend die meisten Stimmen auf sich vereinigen konnte. Die Regierung musste er mit seinem Hauptkonkurrenten Joseph Kasavubu bilden. Fünf Tage nach der offiziellen Unabhängigkeit am 30. Juni 1960 brachen die „Kongo-Wirren“ aus: afrikanische Soldaten wollten sich nicht mehr von den nahezu ausschließlich belgischen Offizieren befehlen lassen und revoltierten, die rohstoffreichen Regionen erklärten sich unabhängig, wenige Menschen identifizierten sich mit der Regierung und der Nation. Belgien und die USA nutzten diese Gelegenheit um wieder Truppen im Land zu stationieren. Mit ihrer Unterstützung wurde Lumumba ermordet und der Militärdiktator Mobutu putschte sich an die Macht. Er blieb dort die folgenden 37 Jahre – als antikommunistisches Bollwerk in Afrika unterstützt vom gesamten Westen.

Selbst finanzierender Krieg ohne Ende

1996 begann Laurent-Désiré Kabila, der Vater des heute regierenden Joseph Kabila, einen weiteren Aufstand und marschierte mit seinen Truppen der AFDL nach Kinshasa. Diesmal wurde er maßgeblich von Uganda und Ruanda unterstützt, Mobutu hatte zugleich seine Funktion für den Westen verloren und so übernahm L.-D. Kabila im Mai 1997 die Macht in Kinshasa. Mobutu und seine heute wieder an der Übergangsregierung beteiligte Clique hatten das Land niedergewirtschaftet und ausgebeutet. Auch während der Herrschaft Mobutus profitierte nur eine kleine Elite, die aber gewaltig, von den natürlichen Reichtümern der DRC (zwischenzeitlich: Zaire). Aber auch seine militärischen Gegner, Ruanda, Uganda, sowie die AFDL Kabilas haben während des (Bürger-)Krieges gute Geschäfte mit der Plünderung der Ressourcen in besetzten Gebieten gemacht. Der Krieg hat sich selbst finanziert, eine Demokratisierung brachte er nicht mit sich. So verwundert es nicht, dass Ruanda und Uganda bereits im nächsten Jahr wieder Rebellen gegen Kabila unterstützten und selbst Truppen gegen ihn entsandten, um den Norden der DRC einzunehmen. Zimbabwe, Namibia und Angola unterstützen Kabila im Süden. Dazu agieren viele weitere Militärorganisationen auf dem Territorium der DRC. Sogenannte „Rebellenbewegungen“ aus den angrenzenden Staaten, die für das Massaker 1994 in Ruanda verantwortlichen Milizen, regionale Widerstandsarmeen und Abspaltungen der offiziellen

Armee. Ihre Allianzen wechseln noch häufiger als ihre Zielsetzung und ethnische Konstituierung. Aber alle sind erstaunlich ähnlich strukturiert: Nach dem Prinzip der Kriegsökonomie. Die Führer der Rebellen, Armeen, Regime, eine kleine Elite, macht Unsummen mit den Rohstoffen der von ihren Truppen besetzten Region. Während Zimbabwe und Uganda ihr Militär in der DRC noch über offizielle Militäretats, die aber wiederum von im Kongo aktiven Minengesellschaften und Exporteuren finanziert werden geringfügig bezahlt, nehmen andere Armeen Zwangsrekrutierungen vor, bezahlen keinen Sold, aber von jeder erbeuteten Ware darf ein Anteil behalten werden.

Die „Warlords“ verkaufen, oft über legale Firmen und Banken, deren Eigentümer sie sind, die erbeuteten Rohstoffe und Waren. Aus einem Teil ihres Erlöses finanzieren sie ihre Armeen. Oft sind es die gleichen Flugzeuge, welche Waffen bringen und Coltan² in den Norden fliegen. Die „Konzern“, das internationale Finanzkapital, verdient daran sozusagen doppelt: Es kann die Preise praktisch bestimmen, zu denen es Rohstoffe einkauft, notfalls werden sie unter Zwangsarbeit abgebaut. Bezahlt wird mit Waffen für die Soldaten und Luxusgütern für deren Herrn. Es fließen keine Devisen für den Aufbau von Zivilgesellschaft und Infrastruktur ins Land. Eine friedliche DRC hätte ein quasi-Monopol auf Coltan, der Regenwald könnte nicht derart ausgebeutet werden, die arbeitenden Menschen könnten Forderungen stellen, am Reichtum teilhaben. Der Krieg behindert den Fluss der Reichtümer nicht, sie sind das Öl von dem er zehrt. Die Menschen, unter deren Füßen die Reichtümer liegen, die sie herstellen, werden mit dem Elend des Krieges überzogen, an den Schnittstellen zu den verarbeitenden Firmen - und in diesen selbst - streicht sich eine wahrlich widerliche, militaristische Elite mit Einverständnis der eigentlichen Profiteure im Norden enorme Summen ein.

Ein Friedensprozess ohne Frieden.

Die UN- Expertenkommission³ unterscheidet während des aktuellen Krieges zwei Phasen der Ausbeutung der DRC. Die erste wird mit „Massenplünderung“ (mass-scale-looting), die zweite als „Systematische Ausbeutung“ (systematic and systemic exploitation) bezeichnet. In der Anfangsphase plünderten die einfallenden und lokal agierenden Armeen schlichtweg alles, was ihnen in die Hände fiel. Wurde eine Stadt eingenommen, so wurden die dortigen Banken, Farmen, Fabriken, Minen und Lagerstätten ausgeräumt und die Beute ent-

weder ins Heimatland gebracht und von dort exportiert, oder direkt vor Ort an internationale Konzerne verkauft. Doch die Plünderungen beschränkten sich nicht auf Waren und Rohstoffe: Oft werden Kinder zwangsrekrutiert, also verschleppt und zu Soldaten gemacht, es kommt regelmäßig zu Massenvergewaltigungen. Es liegt praktisch auf der Hand, dass ein solches Szenario zu einer Militarisierung der Gesellschaft führt, dass sich die Bauern Waffen besorgen oder, wenn ihre Habe vernichtet wurde, sich selbst einer Miliz anschließen um zu überleben.

Nach einem Jahr wurde im Juli 1998 in Lusaka das erste Waffenstillstandsabkommen zwischen der DRC, Angola, Namibia, Simbabwe, Uganda und Ruanda geschlossen, die Kämpfe gingen aber weiter. Zu diesem Zeitpunkt wird aber von der wahllosen Plünderung zur systematischen Ausbeutung übergegangen. Die DRC ist in mehrere Herrschaftsgebiete zerfallen. Minenunternehmen der am Konflikt beteiligten Staaten werden kontinuierlich in den von ihren Armeen besetzten Gebieten aktiv, die Transport- und Handelswege sowie das Bankwesen war mittlerweile organisiert. Die Firmen, welche die Ausbeutung und den Abtransport der Rohstoffe bis zu deren Verkauf an die Konzerne des Nordens übernehmen sind meist offizieller, manchmal auch inoffizielles Eigentum der involvierten Regierungen, der Warlords oder gleich Tochterfirmen der Militärs.

Am 16. Januar 2001 wurde der seit seinem Sieg über Mobutu in der Hauptstadt Kinshasa herrschende L.-D. Kabila unter bis heute nicht aufgeklärten Umständen ermordet. Die Herrschaft übernimmt sein Sohn Joseph Kabila, der bis dahin Kommandeur der offiziellen kongolesischen Armee (FAC) war. Ihm wurden zunächst geringe Chancen zugerechnet, dauerhaft Präsident zu bleiben. Den Grossteil seines Lebens verbrachte er im Exil und er sprach zum Zeitpunkt seiner Machtergreifung keine der offiziellen Landessprachen. Dafür versteht er den Umgang auf dem Internationalen Parkett. Bereits am Tag nach der Ermordung seines Vaters empfing er die wichtigsten westlichen Botschafter, welche ihm die Unterstützung seiner Präsidentschaft zusagten. Seit dem herrscht er dank der Unterstützung Zimbabwes über Kinshasa und den Süden des Kongo, dessen Bodenschätze größtenteils von der Firma Opération Sovereign Legitimacy (OS-LEG), einer Tochterfirma der zimbabwischen Armee abgebaut werden.⁴ Im Norden gilt der junge Kabila als Hoffnungsträger, und tatsächlich sind unter seiner Führung mehrere Friedensabkommen zu Stande gekommen, die aber meist

nur die diplomatischen und militärischen Verhältnisse widerspiegeln und mehrfach daran scheiterten, dass Kabila an seiner Präsidentschaft festhielt. Immerhin zogen sich nach dem Abkommen von Pretoria im Herbst 2002 die Armeen von Ruanda, Zimbabwe und Angola größtenteils aus der DRC zurück und im Dezember einigte man sich auf die Bildung einer Allparteienregierung, welche Wahlen vorbereiten soll. Diese Verfassung trat im April 2003 in Kraft und stellt dem Präsidenten vier Vizepräsidenten zur Seite - die alle als Kriegsverbrecher zu bezeichnen sind. Jimmy Kenga von der zivilen Oppositions-Partei UDPS meint dazu: „Die 36 bestehenden Minister der Übergangsregierung stammen aus der alten Regierung Kabilas (selbst ehemalige AFDL-Rebellen), aus den beiden großen Rebellenfraktionen RCD-Goma und MLC, aus den kleinen Rebellengruppen RCD-N und Mai-Mai Kämpfern. Die großen und bekannten demokratischen Parteien Kongos wie die sozialdemokratische Partei UDPS, die PALU, die PDSC oder MNC/L wurden durch Machenschaften aus der Übergangsregierung ausgeschlossen. Die für die gewaltlose Opposition vorgesehenen Ministerämter wurden von Scheinparteien besetzt. Die Autorität dieser Regierung steht daher auf wackligen Füßen. Es liegt eine unheilverheißende Botschaft in der Tatsache, dass diejenigen, die Waffen getragen haben, bei der Machtteilung belohnt wurden. Dagegen wurden diejenigen, die seit mehr als 20 Jahren gewaltlos für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit kämpfen, schlichtweg ignoriert. Viele Afrikanerinnen und Afrikaner fragen sich zu Recht, ob die EU-Länder und die USA wirklich die Entstehung eines Rechtsstaats im Kongo-Kinshasa sehen wollen.“

Die erwähnten Gruppen haben die DRC unter sich aufgeteilt: Die (Ex-)Regierung in Kinshasa kontrolliert den Süden und Südwesten, die MLC den Nordwesten, die RCD-Goma den mittleren Osten RCD-ML, Mai-Mai und Interahamwe kämpfen im Nordosten um die rohstoffreiche Provinz Ituri. Dieser Status Quo, sowie die Anwesenheit der UN-Truppen haben zwar die Häufigkeit von größeren bewaffneten Zusammenstößen verringert, aber nichts an der Herrschaft der Militärs geändert. Bis heute gibt es Berichte von Zwangsrekrutierungen, Massenvergewaltigungen, Plünderungen und Massakern. Der Unterschied ist vor allem, dass sich die Führer der Armeen gelegentlich in Kinshasa treffen und sich über die Aufteilung der Gebiete einig zu sein scheinen. So ist die Ausbeutung in eine dritte Phase relativer Stabilität übergegangen die durch einen

ebenso stabilen Konflikt dafür sorgt, dass die Bevölkerung keine Forderungen stellen kann, die nutznießenden Militärs vor Strafe sicher sein können, internationale Konzerne maßlos plündern können und die kongolesischen Verantwortlichen ab und zu die Hände westlicher Politiker schütteln können.

Fehlwahrnehmungen im Norden.

Besonders tragisch am andauernden Konflikt in der DRC ist dessen Wahrnehmung in den kapitalistischen Metropolen: Die Verantwortung, die zweifellos in deren kolonialen und kapitalistischen Praktiken liegt, wird mit Rückgriff auf rassistische Ressentiments (welche sich dadurch natürlich reproduzieren) auf die Menschen in Afrika abgeschoben. Von „Ethnischen Konflikten“ und „Afrikanischen Stammesfehden“ ist da die Rede, in Wahrheit dokumentiert der Konflikt einen mit Waffen ausgetragenen Kapitalismus. Sicherlich konstituieren sich einige der Parteien auf den ersten Blick ethnisch, bei näherer Betrachtung lassen sich aber beispielsweise die Konfrontationen zwischen Hema und Lendu, sowie zwischen Hutu und Tutsi ebenso als Klassenkonflikte beschreiben. Auch ethnische Diskriminierung ist nämlich ein Export aus Europa. So wie die Tutsis in Ruanda gegenüber den Hutu die von der Kolonialmacht privilegierte Klasse war, so wurden die Hema von Belgien gegenüber den Lendu bevorzugt. Die Aufteilung in Banyamulenge und Banyaruanda kam nur dadurch zu Stande, dass sich plötzlich nationalstaatliche Grenzen zwischen Völkern schoben, die traditionell gewandert sind. Andere Ethnien sind während der Kolonialzeit rein virtuell entstanden, indem Sklavenhändler Sklaven anboten, die angeblich dieser und jener

Rasse angehörten und sich deshalb scheinbar besonders gut für bestimmte Tätigkeiten eigneten.⁵ Wie oberflächlich diese Trennlinien sind, zeigt bereits die Tatsache, dass sich die wahrgenommene Zugehörigkeiten im Laufe des Konflikts verschieben. „Waren es am Anfang die Banyaruanda als gemeinsame Ethnie, die politisch benachteiligt wurde, so entwickelte sich seit Ende der achtziger Jahre ein Bewußtsein des Hutu oder Tutsi-Seins heraus.“⁶ Und was sich verschieben kann sich auch aufheben.

Allerdings wird die ethnische Wahrnehmung des Konflikts von den Politikern und Medien der ehemaligen Kolonialmächte bewusst forciert. Nicht nur, um die eigene Verantwortung zu kaschieren, sondern auch um die modernisierte Fortsetzung kolonialer Praktiken und aktuelle Macht- und Militärpolitik der Weltöffentlichkeit als „humanitäre Einsätze“ zu verkaufen. Weiße Soldaten aus dem Norden müssen den Wilden den Frieden bringen. Nachdem in Europa Millionen Menschen unter dem Motto „kein Krieg für Öl“ gegen den Irak-Krieg auf die Straßen gingen zeigte die Kampagne „Kein Blut für Coltan“ gegen den ersten Militäreinsatz der EU im Kongo eine eher verschwindende Wirkung. Die Regierungen in Berlin und Paris sprachen sich vordergründig gegen den Irak-Krieg aus und es war von einer Friedensmacht Europa die Rede. Eben diesen Regierungen gelang es, ihren Einsatz im Kongo als Friedenseinsatz darzustellen. In Wahrheit ging es aber mal wieder nur um die eigenen Interessen: Die EU als militärischen Akteur ins Spiel zu bringen⁷ und für künftige Kriege fit zu machen und seinen Einfluss in den rohstoffreichen ehemaligen Kolonien zu sichern während die USA im Irak beschäftigt sind. Die Zivil-



bevölkerung profitierte davon kaum. Zwar herrschte in der zuvor umkämpften Stadt Bunia während des dreimonatigen Einsatz der EU im Sommer letzten Jahres etwas mehr Ruhe, aber die Truppen, die sich aus der Stadt zurückzogen machten dafür das Umland unsicher. In erster Linie war ein neuer militärischer Akteur auf dem Schlachtfeld aufgetreten. Dass es nie wirklich darum ging, die Verhältnisse nachhaltig zu verbessern, zeigt allein schon die Tatsache, dass die beteiligten EU-Staaten kein Interesse daran hatten, mit der NATO zu kooperieren oder den parallel stattfindenden UN-Einsatz aufzustocken. Es besteht auch gar kein Interesse daran, die Bevölkerung auf ihrem Weg zu Frieden und Partizipation zu unterstützen, denn eigentlich profitiert Europa vom status quo.

Wie schon zu den Zeiten des klassischen Kolonialismus fließen Ströme von Reichtümern in die kapitalistischen Metropolen. Die kapitalistische Globalisierung und die in ihr gespiegelte globale Zunahme von Machtungleichgewichten beschleunigen und intensivieren lediglich diesen Prozess. Profitieren tun nicht nur die Konsumenten in denjenigen Staaten, denen es gelungen ist ihre Ordnungsprinzipien – Kapitalismus, Nationalstaat und Lohnarbeit – weltweit durchzusetzen und die restliche Welt zu unterwerfen. Handys, Laptops, Luxusgüter wie Diamanten, Elfenbein und Möbel aus Tropenholz sind hier deshalb erschwinglich, weil sie bzw. ihre Rohstoffe unter menschenunwürdigen Bedingungen abgebaut werden und in den Kriegsökonomien immer nur die gleichen begünstigt. Konzerne, die Rohstoffe aus der DRC exportieren und das verarbeitende Gewerbe streichen sich nicht nur enorme Profite ein sondern treiben durch diese Ausbeutung auch einen Hyperkapitalismus voran, der hier vom Konsum überflüssiger Güter lebt und die Konsumenten bei jeder Gelegenheit dazu zwingen will, altes wegzuerwerfen und neues zu kaufen. Die gegenwärtige Verschwendung und Ausbeutung natürlicher Ressourcen ist in diesem Maße nur möglich, da eben diese Ressourcen nicht unter - wie auch immer gearteten – fairen Bedingungen abgebaut und hergestellt werden.

Dabei konkurrieren die Staaten der sog. „Ersten Welt“ als Standorte und sichere Häfen um die so gewonnenen Profite. Nachdem etwa der o.g. UN-Bericht die Kriegsökonomie und illegale Praktiken europäischer Firmen als Grund für das Anhalten des gegenwärtigen Bürgerkrieges bezeichnete, wurde gegen diese, namentlich genannten Firmen nicht einmal ermittelt und als Bush sich Anfang November eine halbe Stunde Zeit nahm, den jungen Kabila

zu empfangen, handelte er für den Republikanern nahestehende Firmen lukrative Verträge aus, unter anderem das Exportrecht für 88% der von der kongolesischen staatlichen Minengesellschaft Miba geförderten Diamanten.⁸

Perspektiven

Die Geschichte der DRC zeigt zunächst, wozu Kapitalismus führt, wenn er sich ungebremst entfalten kann und militärisch flankiert wird. Sie zeigt zugleich, dass Kapitalismus militärisch durchgesetzt wurde und keine Zwangsläufigkeit darstellt. Bereits auf den ersten kolonialen Expeditionen waren Soldaten und Händler gemeinsam unterwegs. Was damals Zivilisierung und Missionierung war sind heute humanitäre Einsätze. Die kolonialen Staaten ermöglichten ihrem Kapital stets die Ausdehnung und Unterwerfung neuer Gebiete, politisch und militärisch. Nun, wo der Kapitalismus sich Global ausgedehnt hat, territorial an seine vorerst letzte Schranke gestoßen ist, werden in seiner neuen, modernisierten Form dem Neoliberalismus- neue soziale Räume erschlossen, die bisher verschont wurden. Den Bedeutungsverlust, der den Staaten durch den Rückzug aus den sozialen Bereichen und der Grundversorgung droht, versuchen sie durch Mondflüge, verschärfte Repression und verstärktes militärisches Engagement zu kompensieren. In einer Zeit, in der auch in den kapitalistischen Metropolen den Menschen ihre soziale Sicherheit entrissen wird, wird eben unter dem Schlagwort „Sicherheit“ eine neokoloniale Außenpolitik betrieben bei der die globale militärische Konkurrenz ebenso zunimmt, wie die wirtschaftliche Rivalität unter den Menschen. Deshalb sollte sowohl der in Europa stattfindende Sozialabbau als auch der Blick auf Zentralafrika, wo der Kapitalismus seit Generationen nur Zerstörung anrichtet, auch als warnende Vision einer globalen Zukunft dazu anregen, das Kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem in Frage zu stellen. Seinem Prinzip der Konkurrenz des Gegeneinander ist das Soziale, das Miteinander entgegenzustellen.

Des Weiteren stellt sich bei der Betrachtung der DRC die Frage, ob der (demokratische) Nationalstaat, wie er in Europa entstand und mittlerweile nominell die ganze Welt unterteilt wirklich das einzig denkbare und wünschenswerte Herrschaftsprinzip ist. In vielen Ländern Afrikas und anderen ehemaligen Kolonien versagt er kontinuierlich. Die europäischen Eroberer stießen auf eine Vielzahl unterschiedlicher Gesellschaftsformationen,⁹ die sie zerstörten um marode Nationalstaaten zu hinter-

lassen, welche ganze Regionen nachhaltig destabilisierten. Die ungleiche Verteilung gesellschaftlicher Reichtümer ist immer ein Indiz für disfunktionale Demokratie und Mangelnde Partizipation der Bevölkerung. Könnte sie Ansprüche geltend machen, würde sie diese ungleiche Verteilung nicht zulassen, das gilt für die DRC wie für die BRD. Das führt auch zu einer konkreten Forderung hinsichtlich der DRC: Die Bevölkerung muss zu Wort kommen, die Möglichkeit bekommen, sich anzueignen, was ihr zusteht und über die Art, wie sie ihr Zusammenleben organisieren will selbst entscheiden. Die UN und die Regierungen sollten aufhören, für Kriegsverbrecher den roten Teppich auszurollen und die unterstützen, die sich dem Militarismus seit Jahrzehnten entziehen. Einige kirchliche Gruppen wie Pax Christi leisten hier gute und kontinuierliche Arbeit.

Eine wichtige Voraussetzung für das Anhalten des Konfliktes ist der nicht versiegende Strom von Waffen. Hier gibt es zwei-erlei Möglichkeiten: Entweder man schickt Unmengen Militär in die DRC, um den Import von Waffen zu behindern, oder man greift die Waffenindustrie insgesamt an. Zweiteres macht natürlich deutlich mehr Sinn. In einer Zeit globaler Aufrüstung geht es dieser Industrie gut, und die Staaten des Nordens verschaffen der Rüstungsindustrie die nötige Planungssicherheit um für viel Geld Waffen herzustellen. Schluss damit, niemand braucht diese zerstörerische Industrie. Das Geld, das damit gespart wird, kann in ziviles Konfliktmanagement und den Aufbau sozialer und technischer Infrastruktur investiert werden.

Wenn Frieden in die DRC einkehrt, so darf die internationale Gemeinschaft nicht wieder den immer selben Fehler machen und diese neue Ökonomie zu Privatisierung und Öffnung ihrer Märkte zwingen. Die Reichtümer müssen der Bevölkerung zukommen, nicht dem Ausland, sonst wird die Armut anhalten und der Krieg weitergehen. Wir müssen uns zugleich dafür einsetzen, ein neues Licht auf den Kongo zu werfen. Erstens führt die ständige Darstellung als ethnischer Konflikt dazu, dass dieser tatsächlich ethnisch aufgeladen wird, zweitens blendet die Verbannung der afrikanischen Konflikten aus den Medientexten die zerstörerische Wirkung des Kapitalismus und unseres Konsumentenverhaltens aus. Wir werden zu Instrumenten dieser zerstörerischen Maschine gemacht, indem wir Geld für Produkte zahlen, die diesen Kreislauf am leben und den Konflikt am lodern halten. Hier setzt auch eine alltägliche Handlungsoption an: zumindest die Firmen von denen eine Verwicklung in

den Konflikt bekannt ist, müssen boykottiert werden.¹⁰ In Belgien wurde die Fluglinie Sabena boykottiert und hat daraufhin ihre Transportflüge in und aus dem Kongo eingestellt. In Deutschland behauptet die Bayer-Tochter H.C. Starck als weltweiter Marktführer aus dem Coltan-Handel mit der DRC ausgestiegen zu sein, seit kapitalismuskritische und christliche Gruppen diesen Handel anprangerten. Wir können etwas verändern!

Anmerkungen

¹ Ansprenger, Franz: „Geschichte Afrikas“, C.H. Beck, München 2002

² Coltan steht kurz für Columbo-Tantalit, ein sehr seltenes Mineral, welches die Elemente Niob und Tantal erhält. Beide sind extrem geeignet und nahezu unersetzbar zur Herstellung kleinster Kondensatoren, wie sie für Handys und Laptops in letzter Zeit in großen Mengen benötigt werden. Das Pentagon stuft das schwarze Pulver, welches es in der DRC in Massen gibt als „Strategischen Rohstoff“ ein. Näheres: Kongo-Info Nr.1, herausgegeben von Pax Christi und Dialog International e.V.

³ Im Juni 2000 setzte UN-Generalsekretär Annan eine Expertenkommission ein, welche die illegale Ausbeutung von Rohstoffen und anderen Reichtümern in der DRC untersuchen sollte. Diese Kommission verfasste vier Berichte, die sich sehr kritisch mit der Situation in der DRC auseinandersetzen und die Verflechtungen internationaler Konzerne und Regierungen mit dem Konflikt aufzeigen. Sie stellen wohl die ausführlichsten Dokumente zum Kongo-Konflikt dar und sind im Internet auf englisch zu finden. (Report of the panel of experts on the illegal exploitation of natural resources and other forms of wealth of the DRC) Der letzte Teil des letzten Berichts wurde wegen seiner Brisanz nicht veröffentlicht.

⁴ Dialog International Nrn. 172/173

⁵ Ansprenger, Franz: „Geschichte Afrikas“, C.H. Beck, München 2002

⁶ <http://www.rnz.uni-hamburg.de/Konflikt-Afrika/KK-DA-KongoL-EthnZ.word.doc>

⁷ Die französische Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie bezeichnete die Mission „Artemis“ (Jagdgöttin!) als „Geburtsstunde der europäischen Sicherheitspolitik“

⁸ Dominic Johnson: „Buschkrieger rücken auf Bush vor“ in taz, 4.11.2003 S.11

⁹ Hunger und Elend liegen nicht in der Natur von Afrika. Basil Davidson beschreibt die Kultur in Afrika um 1400 n. Chr. als reife Eisenzeit: „Diese Gesellschaften hatten die für ihr Fortbestehen wesentlichen technischen und ideologischen Probleme gelöst und in einer nach 1000 n. Chr. zunehmenden Entwicklung konnten sie neue Kraft und sogar einen gewissen Überfluss erreichen...“ Ansprenger 2002, S.43

¹⁰ Als deutsche Firmen werden von der EU-Expertenkommission u.a. Issa, Christoph Floss, Geologitics Hannover, Masingiro und Union Transport genannt.

Christoph Marischka ist IMI-Beirat

Das militarisierte KernEUropa kommt

EU-Verfassung gescheitert - EU-Militärstrategie verabschiedet - Chance für die Kampagne gegen diese EU-Verfassung

von Tobias Pflüger

Bei ihrem Gipfel in Rom konnten sich die Regierungschefs der Europäischen Union (EU) nicht auf den vorliegenden Verfassungsentwurf einigen. Hauptstreitpunkt war die Stimmengewichtung innerhalb der EU. In den ersten Stellungnahmen Verantwortlicher und in der Medienberichterstattung in Deutschland wurde scheinbar einhellig das Geschehen in Rom als „Scheitern des EU-Gipfels“ bezeichnet, an dem im wesentlichen die polnische aber auch die spanische Regierung schuld sei, weil sie „unrealistische Forderungen“ gestellt hätten. „Die Polen müssen noch lernen, dass man aus der nationalen Ecke auch wieder rauskommen muss“, so der deutsche Diplomat Dietrich von Kyaw. Da blitzten alte Ressentiments auf Regierungsebene kurz wieder auf. Die Forderungen der polnischen und spanischen Regierung waren im übrigen die, die Stimmengewichtung wie beim EU-Gipfel in Nizza zu belassen. Das ZDF beschreibt die Konstellation: „Nach dem Vorschlag des Verfassungskonvents sollen ab 2009 die meisten Entscheidungen im Ministerrat mit einer „doppelten Mehrheit“ gefällt werden: Mindestens 13 Regierungen, die mindestens 60 Prozent der Bevölkerung repräsentieren, müssen für einen Beschluss sein. Entscheidungen würden deutlich erleichtert, eine breite Basis ist für diese Änderung. Polen und Spanien sind dagegen, die Stimmrechte an der Bevölkerungsgröße auszurichten, da sie im Vergleich zum Nizza-Vertrag deutlich an Gewicht im Ministerrat verlören. Umgekehrt würde Deutschland als bevölkerungsreichstes Land deutlich an Macht gewinnen, deswegen wollten die „Großen“ nicht von der Verfassungsänderung abweichen.“ (ZDF, 13.12.2003).

„Deutsche Ellenbogendiplomatie“ für das Kerneuropakonzept?

Deshalb ist die Lesart des EU-Gipfels, dass Polen und Spanien verantwortlich für das Nichtverabschieden der geplanten EU-Verfassung seien, wahrscheinlich eine, die für die Öffentlichkeit bestimmt war. Der entscheidende Unterschied zwischen Nizza und Rom: In Nizza agierten deutsche und französische Regierung getrennt, in Rom

gemeinsam. Vielleicht waren die deutsche und die französische Regierung gar nicht so unfroh über das Scheitern des EU-Gipfels. In der „Neuen Züricher Zeitung“ (NZZ) wird in einem längeren Kommentar nebenbei auch ein ähnlicher Verdacht geäußert: „Dass Chirac und Schröder in Brüssel mit Absicht den Karren an die Wand fahren ließen, um das Terrain zur Wiederbelebung der alten Idee eines «Kerneuropa» vorzubereiten, ist möglich“ (NZZ, 15.12.2003). Klaus-Dieter Frankenberger erkennt in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ) vorsichtig ähnliches: „Tatsächlich stimmt die Schnelligkeit misstrauisch, in der das Kerneuropa-Konzept aus der Tasche geholt worden ist - ganz so, als habe man das Brüsseler Scheitern nicht ohne Hintergedanken in Kauf genommen“ (FAZ, 16.12.2003). Einzig Wolfgang Münchau in der „Financial Times Deutschland“ spricht das aus, was sonst niemand der Kommentatoren direkt wagen zu sagen: „Ohne die deutsche Ellenbogendiplomatie in der Debatte um den Stabilitätspakt und die ständigen Drohungen mit Kerneuropa hätte man mit Polen und Spaniern noch einen Kompromiss erarbeiten können.“ (FTD, 16.12.2003)

Das militärische Kerneuropa kommt - die deutsch-französische Achse wurde wiederbelebt

Ob nun beabsichtigt oder nicht, die geplante EU-Verfassung ist - vorläufig - nicht verabschiedet. Stattdessen werden offen Forderungen nach einem „Kerneuropa“ aufgestellt. Die französische Europaministerin Noëlle Lenoir beeilte sich mitzuteilen, dass es nach der vorläufigen Nichtverabschiedung der EU-Verfassung „keinen „Plan B“ für die EU“ gebe. Und weiter: Das deutsch-französische Paar werde „Europa nicht ersetzen, aber einige EU-Staaten sollten „als Vorhut“ bei der europäischen Integration schneller vorankommen können als andere.

Der französische Außenminister Dominique de Villepin benennt schon konkrete Ziele: „Der Weg, den wir in den kommenden Monaten gehen müssen, ist also klar ausgedehnt: eine Verfassung annehmen, die Europa die Mittel verleiht, seinen